Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 6, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlenerstraße 4.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königgrätzerstraße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 3390.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 192. **Donnerstag** den 17. April 1902. **96. Jahrgang.**

Die Lehren aus dem Boerenkriege.

H. Die Anzeichen mehren sich, daß es endlich in Südafrika zum Friedensschlusse zwischen den kriegführenden Parteien kommen werde. Unzweifelhaft wird das kleine, arg zusammengeschmolzene Boerenvolk als moralischer Sieger hervorgehen, wenn es ihm auch nicht gelingen wird, die Bedingungen für einen Frieden gleich einem wirklichen Sieger dem Gegner vorzuschreiben. Der geplante Krieg zwischen Boeren und Engländern ist schon längst zu Ende und auch der Guerillakrieg mit seinen vielen Ueberraschungen und Improvisationen aller Art geht auf die Neige, so daß man bereits einige Lehren aus dem Boerenkriege in militärischer Hinsicht ziehen kann. Die unzulängliche Vorbereitung der Engländer für diesen Krieg in Bezug auf Menschen und Pferde, wie auf Bewaffnung war eine Folge der Unterschätzung des Gegners, und hieraus ergiebt sich zunächst die Lehre, daß man keinen Gegner unterschätzen soll, und dann die unumstößliche Wahrheit des Moltke'schen Ausspruches: „Vorbereitet sein ist Alles."

Aber auch in tactischer Beziehung hat der Boerenkrieg manche werthvolle Lehren gezeitigt und der Oberstlieutnant im Generalstabe v. Lindenau hat diese pro Kurzem in einem Vortrage in der Militärischen Gesellschaft in Berlin mit Bezug auf unseren Infanterieangriff eingehend erörtert. Zwar sind in diesem Kriege keine großen Schlachten oder Belagerungen zur Ausführung gekommen und auch von einer auf der Generalstabswissenschaft aufgebauten Strategie ist nirgends etwas zu spüren gewesen; aber nichts desto weniger bleibt die Thatsache bestehen, daß in diesem Kriege zum ersten Male Waffen in größerem Umfange zum Gebrauch gelangten, die eine hochentwickelte Technik in dem letzten Jahrzehnt fertiggestellt hatte. Zwar waren die Engländer mit einem älteren Gewehr bewaffnet, aber die Boeren hatten einen kleincalibrigen Mauser allerneuester Construction, und es wurde der Beweis tagtäglich erbracht, daß die deutsche Waffenindustrie der englischen doch ganz erheblich überlegen ist, was übrigens in Fachkreisen nicht unbekannt gewesen ist. Auch an dem Ergebniß des Boerenkrieges ist nichts zu ändern, daß es dem an Zahl erheblich unterlegenen Vertheidiger in dem ersten Theile des Krieges fast überall gelang, den an Zahl überlegenen Angreifer durchweg erfolgreich abzuweisen. Die Boeren wußten eben vom Spaten einen ebenso ergiebigen Gebrauch zu machen, wie vom Gewehr, und dies lehrt uns, der Verstärkung des Gefechtsfeldes durch Ausnutzung der Geländeformen und fleißige Spatenarbeit die gebührende Aufmerksamkeit zuzuwenden. Zwar will der Infanterist gewöhnlich vom Buddeln mit Spaten und Hacke nichts wissen; aber es dürfte in zukünftigen Kriegen doch anders kommen, als er jetzt denkt. Der Boerenkrieg giebt uns auch hier eine gute Lehre, denn noch keine Armee hatte bislang Gelegenheit gefunden, unter dem vereinten Schnellfeuer eines kleincalibrigen Magazingewehres und eines Schnellfeuergeschützes, das durch Bremse und Federsporn in der Feuerstellung feststehend erhalten wird, den Angriff über ein rauchfreies Schlachtfeld zu versuchen. Nicht mit dichten Schützenlinien, sondern mit losen und lichten Linien muß ein solcher Angriff durchgeführt werden, wenn man nicht unter dem Bleihagel des Gegners haufenweise auf der Strecke bleiben will. Die Nothwendigkeit solcher dünnen Schützenlinien zwingt zu größeren Frontbreiten, die bei einem Regimente auf 700 Meter, bei einer Brigade auf 1500 Meter erweitert werden sollen.

In unmittelbarer Verbindung hiermit steht dann die Gliederung nach der Tiefe, so daß eine unaufhörliche Nachfüllung der Schützenlinie gesichert ist, während der Gebrauch der kleineren Unterstützungstrupps eingeschränkt werden kann. Dieses Nachfüllen der Schützenlinien wird bei einem aufmerksamen Gegner ganz besonders schwierig und bedarf der Umsicht und Klugheit des Führers in hohem Maße. Auch in dem sprungweisen Vorgehen wird sich manche Aenderung als nothwendig ergeben; die Sprünge dürfen nicht so lang bemessen werden, daß der Gegner Zeit behält, sein Ziel auf's Korn zu nehmen, zumal da ihm in der Vertheidigungsstellung alle Entfernungen genau bekannt sind und er sich nicht mit dem Einschießen aufzuhalten braucht. Bei diesem Vorgehen ist dann die Unterstützung der Nachbarabtheilungen durch lebhaftes Feuer von größter Wichtigkeit. Ein Vorgehen in langen Sprüngen hat daher heute keine Aussicht mehr auf Erfolg. Von großer Bedeutung ist auch die infanteristische Nachaufklärung, soweit sie dem Gefechtszwecke dient; über diese enthalten unsere Vorschriften nichts und es erscheint daher angezeigt, einige bezügliche Bestimmungen in unser Exercir-Reglement aufzunehmen.

Der Infanterieangriff wird sich nach den Erfahrungen des Boerenkrieges in Zukunft auf das Schärfste individualisiren, d. h. Zeit, Ort und Umstände werden ihn in höherem Maße, als früher, beeinflussen. Stundenlang wird man im Feuergefecht aushalten und um die Feuerüberlegenheit ringen müssen; das Herantragen des Angriffs ohne Feuer gleich auf eine bestimmte Entfernung dürfte doch in das Reich der Utopien gehören. Mit der krassen Wirklichkeit muß gerechnet werden; oft wird sich daher die Hoffnung, die Feuerüberlegenheit erlangt zu haben, als eine trügerische erweisen, und man wird von Neuem das Feuer einsetzen müssen. Der Nahkampf, Mann gegen Mann mit dem Bajonett oder dem aufgepflanzten Seitengewehr, wird im freien Felde kaum noch vorkommen; hier entscheidet das Feuer in erster Linie, und deshalb ist die Erlangung einer guten Schießfertigkeit für unsere Infanterie von so hoher Bedeutung.

Der Krieg in Südafrika.

Die Vermuthung, daß die englische Ankündigung von 21 000 Mann

Verstärkungen,

die demnächst nach Südafrika abgehen sollten, absichtlich gerade kurz vor dem Beginn der Friedensverhandlungen bekannt gegeben sind, um auf die Boeren einschüchternd zu wirken, scheint sich ebenso zu bestätigen, wie die Nachricht von der Bereitstellung einer für England immerhin so bedeutenden Truppenmacht nicht unbedingt als richtig angesehen zu werden braucht. „Daily Graphic" sagt stolz: „Die Verkündung dieser Thatsache wird genügen, die Boeren zu überzeugen" u. s. w. Von den in Rede stehenden 21 000 Mann sollen allerdings die 1000 Mann Garde-Fußtruppen und 1000 Mann flüchtig zu Rettern ausgebildeter Artilleristen, sowie 5000 Mann Colonialreiter aus Canada bezw. Australien zur Absendung bereit sein. Die übrigen 14 000 Mann, zur Hälfte Yeomanry und zur anderen Hälfte Infanterie, sollen aber erst ihre Ausbildung für den kriegerischen Beruf erhalten. Ihre Absendung auf den Kriegsschauplatz ist also nicht so bald zu erwarten, daß die Boeren sich schon jetzt vor ihnen fürchten müßten.

* **London**, 16. April. (Telegramm.) Heute wurde im Auswärtigen Amte wieder ein Ministerrath abgehalten, der eine halbe Stunde dauerte.

* **New Orleans**, 15. April. **Die Untersuchung des vom Präsidenten Roosevelt beauftragten Obersten Crowder soll ergeben haben, daß in Chalmette thatsächlich ein dritischer Militärposten unterhalten wird, und daß der Ankauf und die Verladung von Pferden und Maulesln direct durch britische Beamte erfolgt. Ob das aber ein Bruch der Neutralität ist, ist nicht von Crowder zu entscheiden. Der Sekretär des Gouverneurs in Jefferson City (Missouri) Gentry hat angeblich in Lathrop den britischen Posten untersucht; in seinem nach Washington gesendeten Bericht sagt er, die bisher verschickten 72 000 Pferde und Maulesel seien dem Namen nach von einer Privatfirma gekauft und verladen worden, thatsächlich jedoch von britischen Beamten; die Privatfirma erhalte nur eine Entschädigung für die Benutzung ihrer Anlagen und für die Verpflegung der Thiere.**

Deutsches Reich.

□ **Berlin**, 16. April. (Die Beseitigung des fliegenden Gerichtsstandes für die Presse und das Centrum.) Die bevorstehende Beseitigung des fliegenden Gerichtsstandes der Presse erregt nicht nur in den direct betheiligten Kreisen, sondern auch in juristischen Kreisen Genugthuung; ist doch der Juristentag zu Bamberg nach eingehenden Berathungen nachdrücklich für diese Forderung der Presse eingetreten. Um so bedauerlicher ist es, daß das Zustandekommen des Gesetzes anscheinend durch das Centrum gefährdet werden soll. Wenigstens spricht sich das officielle Organ der bayerischen Centrumspartei mit äußerster Schärfe gegen den Entwurf aus, weil er im Falle der Privatklage auch das Gericht des Wohnsitzes des Privatklägers für facultativ zuständig erklärt. Das bayerische Blatt schreibt: „Durch die Bestimmung über die Behandlung von Privatklagen wird ja der fliegende Gerichtsstand erst recht durch Gesetz festgelegt, so daß dies eine Verschlimmerung, keine Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes bedeutet ... Es kann nicht dringend genug der Wunsch ausgesprochen werden, daß der Reichstag diesen Entwurf nicht zum Gesetze werden lasse." Sollte sich die gesammte Centrumspartei etwa dieser Auffassung anschließen, so wäre es um den Entwurf geschehen, denn zweifellos steht die ganze Socialdemokratie und ein Theil der Freisinnigen auf demselben Standpuncte, so daß sehr leicht eine Mehrheit für die Verwerfung des Entwurfes zusammengebracht werden könnte. Die verbündeten Regierungen werden sich aber um so weniger auf eine Abänderung im Sinne der Beseitigung der Sonderstellung der Privatklage einlassen, als einmal der Juristentag zu Bamberg sich mit sehr triftigen Gründen durchaus für diese Sonderstellung ausgesprochen hat und als zweitens die Ausführungen des bayerischen Centrumsblattes eine ganz gröbliche Uebertreibung enthalten. Wie kann man von einer Verschlimmerung des gegenwärtigen Zustandes sprechen, wenn erstens mit Ausnahme einer bestimmten Art von Anklagen ein fester Gerichtsstand geschaffen wird und wenn zweitens auch bei dieser Sonderart von Anklagen durchaus kein fliegender Gerichtsstand constituirt, sondern nur eine zweifache Möglichkeit von Gerichtsständen geschaffen wird, nämlich entweder der Wohnsitz des Angeklagten oder derjenige des Privatklägers. Daß es in diesem Falle durchaus im Sinne der Billigkeit liegt, dem in der Presse Angegriffenen die Möglichkeit zu gewähren, an seinem Gerichtsorte die Privatklage anzustrengen, ist oft genug erörtert worden. Es wäre daher sehr zu beklagen, wenn es der Reichstag diesmal ebenso machte, wie bei der Strafproceßreform vor fünf Jahren, wo er den Regierungsentwurf so lange und so gründlich „verbesserte", bis überhaupt gar nichts zu Stande kam. Auch im gegenwärtigen Falle würde sich die Regierung mit dem Bewußtsein begnügen, daß sie die Hand zur Verbesserung eines bestehenden Mißstandes geboten und daß der Reichstag diese Hand zurückgewiesen habe.

ß. **Berlin**, 16. April. (Die Toleranz des elsässischen Klerikalismus.) Wenn maßgebende Stellen an die Ernennung des Professors Dr. Spahn die Erwartung geknüpft haben, daß sie den elsässischen Klerikalismus friedlicher und duldsamer stimmen werde, so konnten sie inzwischen wahrnehmen, wie sehr sie sich in dem gedachten Puncte einer Täuschung hingaben. Insbesondere hat das Straßburger klerikale Blatt, in dessen Leitung die Reichstagsabgeordneten Delsor und Hauß sich theilen, seit dem vergangenen Herbste nicht aufgehört, groben confessionellen Gehässigkeiten seine Spalten zu öffnen. Die Unduldsamkeit aber, welche die neueste Nummer jenes Blattes schmückt, ist von so eigner Art, daß sie nicht unerwähnt bleiben darf. Betrifft sie doch keinen Geringeren als Goethe und die „Goethemanie" und richtet sich doch ihre Spitze gegen den Kaiser. Wenn das Straßburger klerikale Blatt im Hinblick auf einen jüngst veröffentlichten Aufsatz des Directors am Straßburger protestantischen Gymnasium Dr. Beil über Goethes Christenthum nachzuweisen sich bemüht, daß Goethe, „der sich ein Christenthum zum Privatgebrauche zurechtlegt, der auf dem pantheistischen Standpunct eines Spinoza steht", kein Christ war —, so ist diese Ketzerrichterei zu alt, um über sie ein Wort zu verlieren. Aber das klerikale Straßburger Blatt verfolgt mit seinem Vorstoße gegen die Untersuchung Dr. Beil's den praktischen Zweck der Stimmungsmache gegen die Errichtung des Goethedenkmals in Straßburg. Welcher Mittel es sich hierbei bedient, geht auf das Drastischste aus folgenden Sätzen hervor: „Die Goethemanie ist eine unheilbare Geisteskrankheit, welche die von ihr Befallenen ihr Leben hindurch verfolgt und ihnen den gesunden, klaren Blick, das vernünftige ruhige Urtheil für Alles, was den großen Goethe betrifft, unwiderruflich raubt. Glücklicher Weise hat dieselbe bereits ihren Höhepunct überschritten, die Zahl der Unglücklichen in Deutschland, welche davon befallen sind, ist im Abnehmen begriffen. Wie gut, daß dieselbe — wie übrigens alle Modekrankheiten — nicht durch erbliche Belastung übertragbar ist!" — In derselben Tonart folgt hierauf die Nutzanwendung auf das Straßburger Goethedenkmal. Das Recht, in dieser unerhört toleranten Art über die Verehrer Goethes zu sprechen, leitet der glückliche Erfinder der Goethemanie als Modekrankheit offenbar aus dem Umstande ab, daß er nicht einmal den Namen Goethes richtig schreibt. Bekanntlich soll nicht blos in Straßburg ein Goethe-Denkmal errichtet werden, sondern auch in Rom, und bekanntlich ist der Stifter des römischen Goethe-Denkmals der deutsche Kaiser. Als Letzterer dem Statthalter der Reichslande mittheilte, daß er das Patent für Professor Dr. Spahn vollzogen habe, gab er seiner Freude darüber Ausdruck, „einen lang gehegten Wunsch meiner Elsaß-Lothringer haben erfüllen zu können". Welche Früchte an Duldsamkeit der entgegenkommende Schritt des Kaisers bei den klerikalen Elsässern gezeitigt hat, lehrt das obige Bekenntniß einer klerikalen schönen Seele!

⊙ **Berlin**, 16. April. (Telegramm.) Zur gestrigen Frühstückstafel beim Kaiserpaar war der Reichskanzler geladen. — Heute Vormittag hörte der Kaiser die Vorträge des Staatssekretärs des Reichspostamts Krätke und des Chefs des Civilcabinets v. Lucanus. Zur Frühstückstafel sind geladen der Abt von Maria-Laach Freiherr von Stotzingen und dessen Bruder Oberlieutnant im Regiment Gardes du Corps und Lieutnant im 1. Garde-Ulanen-Regiment Freiherrn von Stotzingen, sowie Excellenz von Lucanus. — Heute Abend gedenkt sich der Kaiser mit dem Kronprinzen nach Bremerhaven zu begeben. Im Gefolge werden sich befinden der Chef des Civilcabinets von Lucanus, der Chef des Militärcabinets Graf Hülsen-Häseler, der Chef des Marinecabinets Freiherr v. Senden-Bibran, Oberhofmarschall Graf Eulenburg, Hofmarschall Freiherr v. Trotha, Generaladjutant General der Infanterie v. Plessen, Generalmajor v. Löwenfeld, Flügeladjutant Hauptmann v. Friedeburg, Oberstabsarzt Dr. Ilberg; in Begleitung des Kronprinzen befinden sich Oberst v. Prittelwitz und Oberleutnant v. Stülpnagel.

⊙ **Berlin**, 16. April. (Telegramm.) Im Auftrage des Kaisers sprach gestern Nachmittag Generalmajor v. Löwenfeld bei dem russischen Botschafter Graf v. d. Osten-Sacken anläßlich der Ermordung des Ministers Sipjagin vor.

⊙ **Berlin** 16. April. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die Verleihung der ersten Classe der zweiten Abtheilung des Luisen-Ordens mit der Jahreszahl 1866 an die Gemahlin des Staatsministers v. Thielen, geb. Freiwin.

B. **Berlin**, 16. April. (Privattelegramm.) Das Reichsgesundheitsamt bereitet eine interessante Veröffentlichung vor, nämlich eine Darlegung der Umstände, welche das Zustandekommen des bekannten Borsäureverbots vermittelten. (Berl. Börs.-Ztg.)

— Unter dem Ehrenpräsidium des Reichskanzlers ist hier, wie bereits gemeldet, eine Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung ins Leben getreten. Der Reichskanzler wünscht namentlich das Interesse der Beamten für die staatswissenschaftlichen Fragen, deren Bedeutung von Jahr zu Jahr wächst, zu beleben. Der „Nat.-Ztg." zufolge hat sich der Kaiser befriedigt über die Bildung der neuen Vereinigung ausgesprochen, ihre Zwecke gebilligt und von dem Studienplan für das kommende Sommerhalbjahr Kenntniß genommen.

— Dem Reichstage ist jetzt das dritte Petitionsverzeichniß zum Zolltarifentwurf zugegangen. Es umfaßt eine Unmenge neuer Petitionen, darunter 14,544 vom Bunde der Landwirthe mit 277,473 Unterschriften versehene Petitionen, die Minimalzölle für alle landwirthschaftlichen Producte verlangen.

— Die Geschäftsordnungs-Commission des preußischen Abgeordnetenhauses beschloß, die bei ihm nachgesuchte Genehmigung zur zeugenmäßigen Vernehmung des Abgeordneten v. Bülow-Bothkamp nicht zu ertheilen. Es handelt sich um eine in Kiel anhängige Privat-Klagesache.

⊙ **Königsberg**, 16. April. (Telegramm.) Dem Vorsitzenden des Ostpreußischen Wohnungsmiether-Verbandes ist auf ein an den Kaiser gerichtetes Immediatgesuch, in dem um Niederlegung der Festungswälle und um Aufhebung der Rayonbeschränkungen gebeten wird, heute vom Kriegsministerium ein vom 9. April datirter Bescheid zugegangen. In diesem heißt es, zur Zeit sei es noch nicht angängig, die Stadtumwallung von Königsberg als einen vertheidigungsfähigen Abschnitt aufzulassen; daher müßten auch die bestehenden Rayonbeschränkungen noch aufrecht erhalten werden. Das Ministerium hoffe jedoch, daß es möglich sein werde, in absehbarer Zeit eine Aenderung herbeizuführen.

* **Warnemünde**, 15. April. Die neuen Arbeiten am Warnemünder Hafen sollen der „Kreuzztg." zufolge so beschleunigt werden, daß der Fährbetrieb auf der Linie Warnemünde-Gjedser womöglich schon im Herbst 1903 eröffnet werden kann.

⊙ **Hamburg**, 16. April. (Telegramm.) Der „Hamb. Corresp." meldet: Auf das Huldigungstelegramm des Ostasiatischen Vereins ist an den Vorsitzenden des Vereins Illies vom Kaiser folgendes Telegramm eingegangen:

„Für die durch Ihre Vermittelung zu Meiner Kenntniß gebrachten treuen und wahrhaft vaterländischen Gesinnungen bitte Ich, den betheiligten Herren des Ostasiatischen Vereins Meinen Kaiserlichen Dank zu übermitteln. Ich hoffe und wünsche, daß die Thätigkeit Ihres Vereins auch fernerhin dazu beitragen möge, das Verständniß für die Aufgaben, die Ich Meiner Politik gestellt habe, in weiteren Kreisen des deutschen Volkes zu verbreiten. Wilhelm I. R."

⊙ **Bremen**, 16. April. (Telegramm.) Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes v. Tirpitz und der Handelsminister Möller sind heute Nachmittag hier eingetroffen; sie wurden vom Generaldirector des Norddeutschen Lloyd Wiegand empfangen. Ihr Besuch gilt der Besichtigung der vom Norddeutschen Lloyd kürzlich begründeten Norddeutschen Maschinen- und Armaturenfabrik.

* **Gotha**, 15. April. Dem Vernehmen nach sind die Arbeiten zur Durchführung der Bestimmungen des am 7. December 1901 beschlossenen Domänentheilungsgesetzes so weit vorgeschritten, daß eine den Vollzug regelnde Vorlage bei dem Gothaischen Landtage in seiner demnächst beginnenden Tagung wird eingebracht werden können. (Goth. Ztg.)

* Aus **Bayern** bringt die „Frankf. Ztg." nachstehende bezeichnende Mittheilung: „Ein bayerischer antiklerikaler Landtagsabgeordneter, der Wittwer ist und in dessen Wohnort sich keine Studienanstalt befindet, wollte seinen Sohn in ein nicht fern gelegenes Studienseminar (Internat mit Gymnasialbesuch) geben. Nicht in ein bischöfliches, sondern in ein weltliches, das jedoch unter Leitung von Klerikern steht. Sein Gesuch um Aufnahme des Jungen wurde jedoch abgelehnt, und zwar wurde als Grund hierfür die antiklerikale politische Thätigkeit des Vaters angegeben. Wenn die klerikale Herrschaft in Bayern weiter gedeiht, werden am Ende die Kinder nichtklerikaler Eltern überhaupt nicht mehr zum Studiren zugelassen. Damit würde man allerdings am wirksamsten der vielumstrittenen Frage von der „Inferiorität" entgegenwirken."

* **München**, 15. April. **Nach einer von wohlinformirter Seite in Wien hieher gelangten Nachricht wird die Besetzung der Münchner Nuntiatur in allernächster Zeit erfolgen.** Da Monsignore Tarnassi, der für diesen Posten ausersehen war, noch immer krank ist, so wird bestimmt vermuthet, daß eine andere Person zum Nuntius in München ernannt werden wird. Ueber die Person des künftigen Nuntius verlautet noch nichts Bestimmtes. — Heute erstattete Arbeitersekretär Timm dem ausgesperrten Schneidern in einem Generalappell Bericht über den Verlauf der Verhandlungen vor dem Einigungsamt. In geheimer Abstimmung erklärten sich schließlich, wie die „Mch. Post" berichtet, 247 für und 27 gegen die Annahme der Vermittlungsvorschläge; 9 Stimmen waren ungiltig. Die Arbeit wird somit am Mittwoch wieder aufgenommen.

Oesterreich-Ungarn.

Condolenz Kaiser Wilhelm's.

* **Wien**, 16. April. (Telegramm.) Der deutsche Kaiser hat, wie das „Fremdenblatt" meldet, an die Wittwe des verstorbenen Garde-Capitäns und Generals der Cavallerie Graf Balffy folgende Depesche gerichtet: „Aus Anlaß des herben Verlustes, den Sie erlitten haben, spreche Ihnen Meine herzlichste Theilnahme aus. Mit Ihrem Gemahl ist ein treuer, langbewährter Diener seines Kaiserlichen Herrn dahingeschieden, dessen Werth auch Ich seit vielen Jahren hoch zu schätzen gewußt habe. Ich kannte ihn schon von der Zeit an, da Ich noch als Knabe mit dem verewigten Kronprinzen spielte. Wilhelm."

Die Alldeutschen unter sich.

* **Wien**, 16. April. (Telegramm.) Anläßlich der Wahlen in die Delegationen durch die deutschen Abgeordneten aus Böhmen kam es heute zu einer sehr stürmischen Auseinandersetzung zwischen den Alldeutschen und K. H. Wolf. Der Abg. Schalk verlangte Namens der Alldeutschen, daß je ein Mandat der Fortschritts-, der Volks-, der Alldeutschen Partei und dem Großgrundbesitz zufalle; Wolf erwiderte, seine Partei sei, wenn auch nicht, was die Zahl der Abgeordneten anlange, die stärkste Partei in Böhmen. Schalk: „Das ist eine tschechische Farce". Wolf: „Frechheit! Ich schlage Ihnen den Schädel ein!" Schalk: „Mit Ihnen rede ich nicht weiter, Sie sind ehrlos und unfähig, Genugthuung zu geben!" Man beschimpfte sich noch längere Zeit mit „Schuft", „Lump" u. s. w. Die Alldeutschen wollen sich an Wolf mit neuen Enthüllungen aus dessen Vergangenheit rächen und insbesondere über seine Beziehungen zu Prof. Seidel, sowie über andere persönliche Angelegenheiten Enthüllungen machen. (Voss. Ztg.)

Allgemeines Stimmrecht.

* **Pest**, 16. April. (Telegramm.) Die Regierung trifft bereits große Vorbereitungen, um etwaige Ausschreitungen der socialdemokratischen Arbeiter am 1. Mai zu verhüten. Veranlassung hierzu bietet heuer mehr als sonst ein Aufruf dieser Partei an ihre Gesinnungsgenossen um Unterschriften auf eine Adresse an den Reichstag wegen Einführung des allgemeinen Stimmrechts; in diesem, schon jetzt in mehr als 100 000 Exemplaren verbreiteten Aufrufe heißt es, die Arbeiter seien entschlossen, wenn ihnen das allgemeine Stimmrecht nicht gutwillig gewährt wird, es nach dem Muster der belgischen Arbeiter zu erkämpfen. (Voss. Ztg.)

Frankreich.

Loubet's Petersburger Reise.

* **Paris**, 16. April. (Telegramm.) Wie der „Figaro" berichtet, wurde im gestrigen Ministerrathe folgendes vorläufige Programm für die Reise des Präsidenten Loubet nach Petersburg mitgetheilt: Loubet wird voraussichtlich am 21. Mai in der Bucht von Kronstadt eintreffen